

Hamburgr Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 38

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis 8 Mark pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8246.

Hamburg, den 23. September 1922

Regelgen kosten die sechsgepaßene Non-
pareilzelle oder deren Raum 5 Mark
(der Betrag ist Reis vorher einzusenden),
Verbandsanzeigen 2 Mark die Zeile.

36. Jahrg.

Teuerung — Geldentwertung — Gewerkschaften.

Die sprunghafte Aufwärtsbewegung der ausländischen Zahlungsmittel hat eine ungeheure Teuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel gebracht. Die geringe Bewertung der inländischen und die zu hohe Bewertung der ausländischen Zahlungsmittel durch unsere Industrie und Landwirtschaft, aber auch die Angstläufe der Bevölkerung und die Käufe der Ausländer trugen wesentlich zu dem letzten Preissturz der Mark bei. Weite Preise unserer Bevölkerung bereichern sich heute in unverantwortlicher Weise auf Kosten derjenigen, die nicht Erzeuger oder Händler sind. Für die Waren werden Preise gefordert, die in gar keinem Verhältnis zu den Herstellungs-, Reproduktionskosten zuzüglich Steuerlasten und angemessenen Gewinne stehen. Der Unwille der schaffenden Schichten gegen diese ungerechtfertigten Belastungen ist allgemein und gibt, da der Winter vor der Tür steht, zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß.

Die Forderung, daß von Seiten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Schritte unternommen werden, um diesem Treiben der Schieber und Wucherer Einhalt zu tun, zeugt daher von einem hohen Vertrauen der Arbeiterschaft; denn immer mehr bricht sich der Gedanke Bahn, daß die Teuerung nicht mehr allein durch Lohnerhöhungen auszugleichen ist. Durch gesetzgeberische Akte vielmehr muß versucht werden, der Teuerung beizukommen. Auch darüber, daß die zu treffenden Maßnahmen sich nicht, wie es in der Kriegszeit der Fall war, nur gegen den Kleinhandel richten dürfen, sondern bei Industrie und Landwirtschaft eingesetzt werden muß, besteht heute bei allen Einsichtigen Klarheit. Beim Erzeuger muß eingeseht werden, dazwischen sind aber auch die notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit nicht wieder auf dem Wege zum Verbraucher das, was vorher erfaßt wurde, zunichte gemacht wird.

Die Ursachen der Teuerung und Geldentwertung sind sehr verschiedenartiger Natur. Ein Hauptgrund ist die Passivität des deutschen Außenhandels. Bei unserer Einfuhr müssen wir darauf sehen, daß jeder überflüssige Luxusverbrauch unterbleibt. Solange wir mehr Waren einführen als ausgeführt werden, ist es unmöglich, die deutsche Schuldenwirtschaft zu beseitigen. Die Rettung des deutschen Volkes hängt also von wirtschaftlichen Maßnahmen ab, die zu treffen sind. Wird die Einfuhr beschränkt, so brauchen wir weniger Goldwechsel, um die Einfuhr zu bezahlen. Es fällt dann die ungeheure Nachfrage nach Devisen, die wir ja immer benötigen werden, um die Rohstoffe für Industrie und Landwirtschaft sowie für die unentbehrlichen Nahrungsmittel aus dem Auslande zu bezahlen, die aber bedeutend herabzubringen sind. Ein Wandel muß auch beim deutschen Geschäftsmann insoweit eintreten, daß nicht, wie bisher, die deutschen Zahlungsmittel aus Mißtrauen gegen die deutsche Wirtschaft zu niedrig — die ausländischen Zahlungsmittel aber, aus oft unbegründeter Besorgnis, daß künftig Rohstoffe vom Auslande nicht zu haben sind — zu hoch bewertet werden. Diese Dinge führen gerade zur Devisenhamsterie, gegen die mit allen Mitteln vorzugehen ist.

Leider ordnet heute eine ganz dünne Schicht von Kapitalisten die Wirtschaft. Die Kapitalverschiebung, die innerhalb unserer Wirtschaft stattgefunden hat, konnte das Rentenskapital, die Besitzer von Staatspapieren, Pfandbriefen, Obligationen usw. fast völlig enteignen. Die enteigneten Werte sind aber nun nicht etwa öffentlichen Organen, sondern der Landwirtschaft, dem Handel und der Industrie zugeflossen. Die Besitzer des produktiven Sachkapitals, in beschränktem Maße auch die des Handelskapitals, haben also erhebliche Beträge des realen vorhandenen Kapitals andern Bevölkerungsschichten entzogen. Kapitalneubildung und Kapitalerhaltung vollzogen sich aber nicht ausschließlich auf Kosten des Rentenskapitals, sondern auf Kosten der verbrauchenden Bevölkerung, die auf feste Bezüge eingestellt ist, dadurch sind die Gehälter und Löhne um mehr

als die Hälfte ihres Realwertes enteignet. Der Enteignungsgerichtshof sieht nun nicht etwa im Reichstag, sondern an der Börse. Diese Spekulation, die man als gemeinen Egoismus bezeichnen kann, sorgt für die schwindelnde Höhe des Dollars und des Goldes als Weltzahlungsmittel. Nicht nur die Unterbilanz der deutschen Volkswirtschaft, sondern die Gewinn- und Rauffucht, das Angstgefühl der Spekulanten ist mitschuldig an den jetzigen Zuständen. Nach dem Stande unserer gegenwärtigen Wirtschaftsbilanz müßte der Dollar um etwa 500 herum stehen, er steht aber auf fast die dreifache Höhe dessen, was unsere Wirtschaft verträgt. Waren-erzeuger und Händler eilen mit ihrer Preispolitik der Geldentwertung voraus, die ständigen Preiskreisläufe führen zu Lohn- und Gehaltsbewegungen und somit zur Vermehrung der Zahlungsmittel. Eine Vermehrung der Zahlungsmittel führt nur dann zu keiner Teuerung, wenn sie sich vollkommen der Zunahme des vorhandenen Warenbestandes anpaßt. Wird also das neu ausgegebene Papiergeld voll durch Warenwechsel gedeckt, so bleibt seine Vermehrung auf die Preisgestaltung ohne jeden Einfluß. Da diese Voraussetzung heute nicht zutrifft, hat jede Vermehrung des Notenumlaufs eine ungeheure Preissteigerung zur Folge. Um dem entgegenzuwirken, sind die Forderungen der Gewerkschaften erhoben, sie lauten:

Einschränkung der Einfuhr auf das geringstmögliche Maß, insbesondere Unterbindung der Einfuhr von Luxusartikeln, wie zum Beispiel Zigarren, Zigaretten, Tabake, Bier, Tee, Schokolade, Pelze, Seide usw.

Erhöhung der Ausfuhrabgaben.

Kontrolle des Devisenhandels mit dem Ziele, daß nur derjenige ausländische Devisen erhält, der sie ausschließlich für den Handelsverkehr mit dem Auslande braucht. Verbot der Devisenspekulation und Beschlagnahme aller darin erzielten Umsätze.

Vorbereitung der notwendigen Maßnahmen zur Auflegung einer inneren Goldanleihe unter Heranziehung der Sachwerte zur Deckung einer solchen.

In Verbindung damit Vorbereitungen für eine Fiktion der deutschen Währung.

Raschere Einziehung der Einkommensteuer.

Kreditmaßnahmen unter Garantie der Reichsregierung.

Neben diesen Forderungen sind auch Schritte unternommen, um durch die Mithilfe der internationalen Arbeiterschaft eine Besserung der deutschen Verhältnisse herbeizuführen. Durch die verflorenen deutsche Politik ist erreicht, daß sich im Ausland immer mehr die Stimmen mehren, die auf eine Revision des Hauptübel, des Versailler Vertrages, hinarbeiten. Die Arbeiterschaft auch der außerdeutschen Länder sieht ein, daß infolge der ungeheuren Bedrückungen gegenüber Deutschland man im eigenen Lande immer weiter ins Elend kommt. Der Genosse Finmen vom Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdamer Internationale) hat auch die Unterstützung der deutschen Arbeiter durch das Ausland hervorgehoben.

Wie verhalten sich nun die kapitalistisch orientierten Kreise in Deutschland selbst gegenüber der steigenden Verelendung und Verarmung Deutschlands? Immer wieder wird von diesen Kreisen behauptet, daß die Republik an allem Elend schuld sei. Demgegenüber muß doch einmal gefragt werden, was denn eigentlich die Republik uns gebracht hat? Es ist eine Umänderung des politischen Systems, das Mitbestimmungsrecht des Volkes ist mehr als früher gesichert. Wirtschaftlich stehen wir noch im alten System. Die kapitalistischen Kreise des Volkes opfern freiwillig dem Gemeinwohl nichts. Der Sturz der Mark war deshalb mit ein so rasender, weil in Deutschland selbst die Preise aller Rohstoffe wahnwitzig gesteigert wurden. Selbst wenn heute der Dollar auf 1000 stehen bleibt, bleiben die deutschen Preise um mindestens 20 % hinter den Weltmarktpreisen, riesige Valutagewinne werden gemacht. Selbst als die Ausfuhrabgabe in Deutschland nur mit vorübergehendem Charakter erhoben werden

solte, schrie man in den Kreisen der Industrie genau so wie es jetzt die Landwirte bei der Getreibeumlage tun. Bei einer Ausfuhrabgabe von etwa 4 % würde eine wesentliche Verbesserung des deutschen Stats zu verzeichnen sein, statt aber dem eigenen Staat die Ausfuhrabgabe zu geben, wartet man in den Kreisen der Valutagewinner, bis das Ausland Dumpinggüter einführt und dadurch entweder die deutschen Waren vom Weltmarkt fernhält oder den niedrigen Preis dem eigenen Lande nutzbar macht. Erst in den letzten Tagen wurde bekannt, daß Sinnes für die Vermittlung der Wiederaufbaulieferungen in Nordfrankreich eine Vermittlung von 6 % besteht. Also genau derselbe Prozentpatriotismus, wie er in den Zeiten des Kaiserreichs bei den Getreidehändlern von den Konservativen, heutigen Deutschnationalen, sich zeigte. Gemeininn kennt man nur beim Füllen der eigenen Taschen, und wenn dabei das Volk zugrundegeht. Dafür hat man aber das Recht, ein guter Patriot zu sein, und je kräftiger man dabei auf die Republik schimpft, um so eher wird von einem großen Teil unerfahrener und denkfauler Menschen geglaubt, daß nur die böse Republik schuld an der Verelendung sei.

Der Gedanke, daß die durch den Krieg herborgerufene Geldentwertung zu der heutigen Verarmung Deutschlands geführt hat, ist also mehr als bisher zu betonen. Während der ganzen Kriegsjahre war die Erzeugung wirtschaftlicher Güter ausgeschaltet. Man kann das Wirtschaftsleben von 1914 bis 1919 mit einem fünfjährigen Generalkrieg vergleichen. Nicht Wirtschaftspolitik, sondern militärische Gewaltmenschen, wahnwitzig gewordene Kadetten führten das Wort. Ungeheure Opfer wurden von den arbeitenden Klassen gebracht, und so soll es auch heute noch bleiben. Die Musterpatrioten fühlen keine Veranlassung, etwas zur Abwehr der deutschen Wirtschaftskatastrophe zu tun, sie zeigen den kraftlosesten Eigennutz, sie sind in Wirklichkeit die vaterlandlosen Gesellen.

Die Arbeiterschaft hat in der Frage der Wiedergutmachung die meisten Opfer bisher gebracht, jetzt ist es aber an der Zeit, regelnd in die Produktion einzugreifen, für die in Not geratenen Volksschichten zu sorgen, eine gleichmäßige Verteilung der Lasten herbeizuführen. Das kann nur geschehen durch Eingriffe in die Wirtschaft; denn die heute herrschende, unbehinderte freie Wirtschaft hat die Verelendung des Volkes weitergetrieben. Für den Staat erwachsen trotz seiner Verschuldung immer größere Lasten, so war in letzter Zeit dringende Hilfe für die Sozialrentner, Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen, Kleinrentner usw. erforderlich. Weitere Hilfe wird notwendig sein, und dazu sind Mittel erforderlich, die von den übrigen Volksteilen, die nicht unter der grenzenlosen Not zu leiden haben, aufgebracht werden müssen.

In den Gewerkschaften ist man sich vollkommen darüber klar, daß die vorläufig gesteckten Ziele nicht auf dem Wege über die Vernichtung alles Wirtschaftslebens erreichbar sind. Wir wissen, daß nicht nur von oben her gefordert werden kann, sondern von unten her mehr als bisher geschehen muß. Darum ist es ganz besonders zu begrüßen, daß eine größere Vereinheitlichung der Kräfte der Arbeiterklasse auf politischem Gebiet sich jetzt vollzieht. In dem jetzt veröffentlichten Aktionsprogramm der sozialistischen Parteien sind die 10 Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes unter Ziffer 3 (Finanz- und Wirtschaftspolitik) fast vollständig enthalten. In den Gewerkschaften wird es darauf ankommen, das Vertrauen zu den Beauftragten der Gewerkschaften und sozialistischen Parteien in den Reihen der Arbeiter zu befestigen, um alle auf die wirtschaftliche Umstellung unseres Wirtschaftslebens gerichteten Bestrebungen mit dem größten Nachdruck unterstützen zu können. Das wird natürlich infolge der Not, die in Arbeiterkreisen herrscht, nicht leicht sein, trotzdem muß alles versucht werden, nutzlose Aktionen zu verhindern, um nicht das bestehende Elend zu vergrößern. Wir bedürfen in der jetzt so ersten Situation der vollen Stützskraft der gesamten Arbeiterschaft. Darum keine Verzettlung der Kräfte, son-

den Stärkung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen in moralischer und finanzieller Beziehung sei die Lösung, unter der wir an die Befreiung des so trag umschlingenden Glanz herangehen wollen. In so ernsten Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben, das mögen alle Verbandsmitglieder wohl beachten, ist die Mitarbeit eines jeden einzelnen erforderlich. Golen wir die Launen und Tragen, die Nörgler und Bessermisser, die Beitragsflüchtlern mit heran zur Erreichung der uns zuerst gesteckten Ziele!

Ueber die Lage unseres Berufes in den für auswandernde Kollegen wichtigsten Ländern.

Die schlimmsten wirtschaftlichen und Berufsverhältnisse, unter denen unsere Kollegen leiden, lassen es nur allzu begreiflich erscheinen, daß sie gern in andern Ländern Arbeit suchen möchten. Waren die Maler doch immer recht international veranlagt und aus verschiedenen Gründen sehr viel außerhalb ihrer Landesgrenzen anzutreffen. So bildeten die Schweiz und Italien das Ziel für viele nordeuropäische, besonders deutsche Kollegen; Deutschland wurde viel bereits von skandinavischen und holländischen Malergehilfen, und umgekehrt Skandinavien und Holland von Deutschland aus; nicht wenige der so zunächst nur zur beruflichen Weiterbildung, aber auch oft aus wirtschaftlichen Gründen ausgewanderten Berufsgenossen haben dann ihre engere Heimat überhaupt nicht mehr.

Diese ebenso schöne wie mühselige Gasse hat der Krieg mit seinen alles Gute zerstörenden Folgen wahrscheinlich noch auf lange Zeit hinaus vermindert. Sperren während des Krieges Völkerhaß und Spionagefurcht mit Hilfe strengster Passvorschriften die meisten Landesgrenzen fast hermetisch ab, so sind nach dem Kriege wirtschaftliche Gründe hervorgetreten, die nahezu die gleiche Wirkung ausüben. Der Gegensatz zwischen den kriegführenden Ländern ist umgekehrt in den Gegensatz von valuttastarken und valuttaschwachen Ländern, und das ist vor allem für die Arbeiterschaft wieder gleichbedeutend mit dem Gegensatz zwischen Ländern mit erträglichen Lebensbedingungen, aber großer Arbeitslosigkeit, und andern, in denen die Arbeitsgelegenheit ausreichend ist, dafür aber bei steigender Forderung die Löhne hinter der Selbstbewertung immer mehr zurückbleiben.

Diese Entwicklung führt naturgemäß zu einem argen Mißverhältnis, und so mehren sich denn bei unserer Verbandsleitung und bei unserm Internationalen Sekretariat die Anfragen der Kollegen über die Arbeitsbedingungen und die Aussichten nach Arbeitsgelegenheit in andern Ländern, womit dann oft noch der Wunsch verbunden wird, wir möchten bei der Besorgung von Arbeit von hier aus behilflich sein. Obwohl wir die Schwierigkeiten nur zu genau kannten, die dem sehr begreiflichen Streben vieler Kollegen nach Auswanderung entgegenstehen, fragte ich bei den unserer Internationalen angeschlossenen Bruderverbänden an, ob in ihren Ländern auswandernde deutsche Kollegen Arbeit finden könnten und, wenn dies der Fall sei, ob nur auf längere oder auch auf längere Zeit, ob wenigstens für gewisse Spezialarbeiter Arbeitsgelegenheit bestehe, ob die behördliche Einreiseerlaubnis zu erwarten sei, ob genügend Wohnungsgelegenheit vorhanden ist, und ob wir versichern könnten, daß die in Betracht kommenden Bruderorganisationen den zureichenden Kollegen bei der Beschaffung von Arbeit helfen würden.

Am ausführlichsten antworteten unsere schweizerischen Kollegen. Danach gab es dort noch etwa 90 000 Arbeitslose. Während Maurer und Spezialberufe fehlten, seien Maler, Gipser, Schreiner usw. sehr viel arbeitslos. Darum würden Arbeiter dieser Berufe nur vereinzelt in die Schweiz gelassen, ja im Vorjahre seien ausländische Arbeiter wegen großer Arbeitslosigkeit sogar des Landes verwiesen worden. Aus Deutschland reisten fast keine Arbeiter zu, weil die deutsche Regierung keine Ausreiseerlaubnis erteile. Wohnung erhalte man in der Schweiz jetzt überall. Bei der Besorgung von Arbeitsgelegenheit könne die Organisation nicht behilflich sein; die Kollegen müßten von einem Arbeitgeber ausdrücklich nach der Schweiz verlangt werden. Die Gewerkschaften hätten aber auch keine Ursache, von sich aus nach ausländischen Arbeitern zu verlangen, weil die ansässigen Arbeiter periodisch immer wieder arbeitslos würden. Grundtatsache seien die Gewerkschaften für die Deckung der Grenzen, drücklich sei es aber nur den Leuten mit einem sehr großen Gehalt möglich, davon zu profitieren.

Von Holland wird über große Arbeitslosigkeit berichtet; es bestände für ausländische Kollegen keine Möglichkeit, Arbeit zu bekommen. Darum sei allen Kollegen abzuraten, nach Holland zu kommen.

In gleichem Sinne äußerten auch unsere dänischen Kollegen; sie verweisen noch besonders auf die bei ihnen herrschende Wohnungsnot.

Auch in Norwegen besteht mit wenig Ausnahmen in allen Ständen große Arbeitslosigkeit. Wohl könnten einige Spezialarbeiter Arbeit erhalten, doch immer nur für wenig Zeit. Insektizidengenehmigung würde von den Behörden indes nur schwer erteilt, wegen der großen Arbeitslosigkeit im allgemeinen. Wenn sich die Verhältnisse bessern, würde man berichten und den ausländischen Kollegen gern behilflich sein.

In Schweden hat es selbst in der eigentlichen Saison, im Juli, noch arbeitslose Kollegen gegeben. Am Ende der Saison würde die Arbeitslosigkeit ganz außergewöhnlich sein. Deshalb kann man nicht zur Emigration raten. Es bestehe aber auch noch ein ungeheurer Wohnungsangel, vor allem für Familien. Bei der Erteilung von Einreiseerlaubnissen würde in der Regel vom Sozialamt erst bei den in Betracht kommenden Gewerkschaften angefragt.

Neut bezeichnend ist die Antwort unserer österreichischen Kollegen. Darin heißt es, daß in Wien das Malergewerbe unter der ganz enormen Forderung leide und die Beschäftigung kaum für die hier wohnenden Kollegen ausreiche. Nur die allerniedrigsten Arbeiten würden gemacht; es sei nur noch der dritte Teil der vor dem Kriege bestan-

den Kollegen tätig. Ständen der Einreise auch keine großen Schwierigkeiten entgegen, so fehle fast jede Wohngelegenheit. Zwar erscheine der Stundenlohn (2000 Kronen im August) hoch, doch erhalte man dafür nichts. Nach alledem und der fortgesetzt weiterschreitenden Verschlechterung sei den Kollegen dringend abzuraten, etwa in Oesterreich ihr Heil zu suchen; Spezialarbeiter würden vollends nicht gebraucht, weil nur allereinfachste Arbeiten geleistet würden: eine Begleitererscheinung jedes wirtschaftlichen Zusammenbruches. Das Bestreben, auszuwandern, sei begreiflicherweise auch unter den österreichischen Kollegen stark vorhanden, doch hätten jene, die in die Balkanländer reisten, erfahren müssen, daß heute nirgends etwas zu holen sei.

Auch die tschecho-slowakischen Kollegen raten von einer Einwanderung dringend ab. In manchen Orten könnten wohl eine kleine Anzahl Malergehilfen untergebracht werden, doch nur auf kurze Zeit. Bis aber alle Scherereien wegen der Einreise erledigt seien, wäre die Arbeitsgelegenheit schon wieder verpufft. Deshalb könne man es nicht verantworten, die fremden Kollegen in eine so böse Situation zu bringen.

Wir glauben, unsern Kollegen, besonders denen, die gern nach dem Auslande möchten, mit diesem Ergebnis der von mir veranstalteten Umfrage einen recht wertvollen Einblick in die Verhältnisse unseres Gewerbes in den für uns wichtigsten Ländern geben zu können.

Otto Streine.

Die Notwendigkeit der Lebensversicherung.

In weiten Volkskreisen ist der Sparsinn gut entwickelt. Einen Notpfennig für Zeiten zu haben, in denen große Ausgaben infolge Krankheit oder Todesfalls nötig werden, muß das Ziel und die erste Aufgabe des jorgenden Familienoberhauptes sein. Wer zeitig vorjorgt, schützt seine Angehörigen vor den Wechselfällen des Lebens, hilft ihnen über die erste Not hinweg. Ebenso haben alle Personen ein Interesse daran, sich für die Zeit, wo sie alt und gebrechlich geworden sind, einen Notgroßen zu sichern.

In der Regel wird von allen, die in der Lage sind, etwas zurückzulegen, der Weg zur Sparkasse gewählt. Die Sparkasse verzinst die eingelegten Gelder zu dem üblichen Zinssfuß. Das Kapital vermehrt sich unter normalen Umständen durch Einlagen und Hinzuschreibung der Zinsen und Zinseszinsen. Der Sparer ist so auf sich selbst gestellt. Erteilt ihn als Haushaltungsvorstand durch natürliche oder andere Umstände der Tod, so steht seinen Hinterbliebenen zur Dedung der Unkosten die Sparsumme nebst den aufgelaufenen Zinsen und Zinseszinsen zur Verfügung. War es dem Sparer nur möglich, wenige Jahre hindurch einige hundert Mark zurückzulegen, so tritt bei der ungeheuren Selbstbewertung ein erhebliches Defizit im Haushaltungsbudget und damit bitterste Not ein.

Anders aber läge der Fall, wenn der Haushaltungsvorstand sein Leben versichert hätte. Er ist in diesem Falle nicht auf sich selbst gestellt, sondern gleich ihm hatten sich Tausende und aber Tausende versichert. Sie alle verlohnt bemüht oder unbewußt den Zweck, sich solidarisch für den Fall des Todes zu unterstützen, und zwar dadurch, daß die dafür erforderlichen Beträge auf die Gesamtheit der Versicherten verteilt werden. Was dem einzelnen in solchen Fällen nicht möglich ist, wird durch eine Vielzahl von Personen mit Leichtigkeit erreicht. Jeder Versicherte zahlt in Form eines Beitrags, der von den Versicherungsmathematikern für bestimmte Eintrittsalter berechnet ist und Prämie genannt wird, in die Kasse der Versicherungsanstalt. Würde ein Versicherter schon nach kurzer Zeit des Bestehens seiner Versicherung sterben, so würde, je nach den Umständen, die volle Versicherungssumme fällig sein. Die Hinterbliebenen erhalten so bedeutend mehr, als der eingezahlte Prämienbetrag ausmacht und können damit, je nach Höhe des Versicherungsbetrags, die entstandene Notlage mehr oder weniger ausgleichen.

So erlangen den Hinterbliebenen der Versicherten größere Vorteile, als wenn sie die für Prämien aufgewandten Gelder zur Sparkasse getragen hätten.

Damit soll nicht etwa der Nichtbenutzung der Sparkassen das Wort geredet werden. Im Gegenteil: Sparen ist für die alltäglichen Wechselfälle des Lebens (Krankheit, Arbeitslosigkeit) erforderlich. Also sparen und versichern!

Ein Beispiel:
A versichert sich im Alter von 30 Jahren bei der Volksfürsorge auf fünfundschwanzigjährige Dauer nach Tarif IIa, B spart bei der Sparkasse und erhält 3½ % Zinsen. Beide verwenden jährlich für diesen Zweck je 300 M. Würde nach 10 Sparjahren der Tod eintreten, so würden erhalten:

- die Hinterbliebenen von A 6600 M.,
- die Hinterbliebenen von B 3619,42 M.

In Erkenntnis dieser Tatsache und in der weiteren Erkenntnis, daß die Krankentassen und sonstigen Zwangsversicherungen des Reiches ein nur ungenügendes Sterbegeld zahlen, haben viele Arbeiter- und Konsumentenorganisationen zentrale oder lokale Sterbekassen zu ähnlichen Zwecken gegründet. Oft fehlen dabei die nötigen Erfahrungen und versicherungstechnischen Voraussetzungen, und manche Enttäuschung stellt sich ein. Erheblicher Aufwand an Zeit und Geld ist die Folge lokaler, zerstückelter, eine Versicherung bei einer leistungsfähigen Lebensversicherung das Zweckmäßigste.

Aus den Darlegungen erhellt ohne weiteres der hohe volkswirtschaftliche Wert der Lebensversicherung, die auf dem schonen Prinzip: „Hilfe auf Gegenseitigkeit“ oder: „Einer für alle und alle für einen!“ basiert. Sie verdient infolgedessen auch in den Kreisen des arbeitenden Volkes die allergrößte Würdigung.

In Frage kommt als Versicherung mit den allernützlichsten Tarifen und Bedingungen die schon erwähnte, von den Gewerkschaften und Genossenschaften im Jahre 1913 gegründete und von ihnen verwaltete Volksfürsorge in Hamburg 5.

Die Volksfürsorge führt alle Arten der kleinen Lebensversicherung, wie Altersversicherung, Aus-

lung. Die höchstzulässige Versicherung beträgt zurzeit 10 000 M.

Seit 1. Juli 1921 führt die Volksfürsorge auch die große Lebensversicherung mit und ohne ärztliche Untersuchung. Die Mindestversicherungssumme beträgt 10 000 M. Die Höchstversicherungssumme bei dem Tarif O (ohne ärztliche Untersuchung) 30 000 M., bei dem Tarif M (mit ärztlicher Untersuchung) zurzeit unbegrenzt.

Ferner können sich ganze Korporationen (Vereine, Gewerkschaften) in einer Stärke von mindestens 100 Mitgliedern in Höhe von 1000 M. bis 10 000 M. pro Person durch eine Gesamtversicherung auf den Todesfall versichern.

Wer irgendwie in der Lage dazu ist, versichere sich so hoch wie möglich.

Die Volksfürsorge ist infolge der vorwiegend ehrenamtlichen Tätigkeit ihrer Funktionäre in der Lage, den Versicherten die größtmöglichen Vorteile zukommen zu lassen, sie ist infolge ihrer Eigenart als sozialisiertes Versicherungsunternehmen zu betrachten.

Wer sich als Arbeitnehmer versichern will, beauftrage das eigene Unternehmen damit. Es bietet größere Vorteile als andere Versicherungsunternehmen. Dafür diene zum Beweis folgendes Beispiel:

Eine dreißigjährige Person schließt bei der Volksfürsorge eine Lebensversicherung auf die Dauer von 30 Jahren nach Tarif IIa ab und will dafür eine Monatsprämie von 20 M. entrichten. Die gesamte Versicherungssumme beträgt 20x318=6360 M. Diese Summe wird beim Tode des Versicherten nach dem zweiten Versicherungsjahr (in den beiden ersten Jahren schon beim Tode durch Unfall), spätestens aber nach 30 Jahren ausgezahlt. Stirbt der Versicherte bereits im ersten Jahre, so gelangen nur die eingezahlten Prämien zur Auszahlung. Tritt der Tod im zweiten Versicherungsjahr ein, so wird die Hälfte der Versicherungssumme ausgezahlt, mindestens aber 3000 M., soweit der Verstorbene mit dieser oder über diese Summe hinaus versichert war. Wie günstig der Tarif IIa im Verhältnis zu den entsprechenden Tarifen anderer Gesellschaften wirkt, zeigt nachfolgende Gegenüberstellung: In dem angeführten Beispiel beträgt die garantierte Versicherungssumme

bei der Volksfürsorge	6360 M.
„ „ „Victoria“	5005 „
„ „ „Friedrich Wilhelm“	5300 „
„ „ „Wilhelma“	5749 „

Ebenso günstig beziehungsweise noch günstiger ist die Volksfürsorge auch in ihrer großen Lebensversicherung.

Die Volksfürsorge hatte in der ersten Hälfte des Jahres 1922 etwa 1 Million deutscher Arbeitnehmer beziehungsweise deren Kinder mit einer Gesamtversicherungssumme von über 1½ Milliarden Mark versichert.

Die Prämieinnahme im Jahre 1921 betrug 47½ Millionen Mark. Die aus dem Ueberschuß des Jahres 1921 an die Versicherten zur Gutschrift gelangenden Gewinnaufteile betragen 2 130 000 M.

An Prämienreserven und Prämienüberträgen waren Ende des Jahres 1921 rund 64,6 Millionen Mark vorhanden.

Diese Prämien werden nach Dedung der Verwaltungs- und sonstigen Kosten vornehmlich in solchen Unternehmen angelegt, die der Arbeiterschaft dienen. Viele Millionen sind als erste Hypothek dem Konsum- und Siedlungsgenossenschaftlichen Kleinwohnungsbau, den Volksbäusern und ähnlichen Einrichtungen zur Verfügung gestellt; eine noch weit höhere Anzahl von Millionen ist den Gemeinden zur Förderung des Wohnungsbau und zur Einrichtung gemeinnütziger Gründungen dazugelassen worden.

Diese Zahlen beweisen erneut die Leistungsfähigkeit dieser Einrichtung.

Wer sich versichern will, der erledige diese Angelegenheit möglichst bald, je früher, desto besser.

Jedermann, der sich diesem gemeinnützigen Unternehmen als örtlicher Mitarbeiter zur Verfügung stellen will, ist herzlich willkommen.

Auskunft über Aufnahmebedingungen und andere Einzelheiten erteilen:

Die Volksfürsorge in Hamburg 5 oder die örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre und Konsumentenvereine.

Der Mißbrauch der Betriebsräte durch die kommunistische Partei.

Die Entwertung der Mark, die fortschreitende ungeheure Forderung als Folgeerscheinungen der durch den Weltkrieg geschaffenen Verhältnisse erschüttern das gesamte Wirtschaftsleben und damit die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sowie auch die Unternehmer und deren Vereinigungen. Naturgemäß werden hierdurch auch die Betriebsräte betroffen. Jedoch besteht ein Unterschied, nämlich Arbeitnehmer und Unternehmer können sich den Einflüssen des Wirtschaftslebens gar nicht entziehen, die Betriebsräte dagegen bleiben als Körperschaft davon grundsätzlich unberührt. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, sei wiederholt, daß die Betriebsräte zwar als Personenebene, ebenso wie andere Arbeitnehmer auch, sich den wirtschaftlichen Einwirkungen nicht entziehen können, jedoch als gesellschaftliche Körperschaften sind die Betriebsräte davon nicht beeinflusst. Das Betriebsrätegesetz kann nach wie vor durchgeführt werden, die Betriebsräte können im gleichen Maße ihre Tätigkeit ausüben. Statt nun aber die Betriebsräte als festen Pol in der Erscheinungen Frucht freudig zu begrüßen, werden von gewisser Seite Versuche unternommen, gerade die Betriebsräte in ihren Grundfesten zu erschüttern. Sie sollen wieder einmal die Wirtschaft übernehmen und das soziale und wirtschaftliche Glanz der Arbeiterschaft befestigen.

So will es die kommunistische Partei. Diese Zerstörung bedeutet eine sehr schwere Prüfung der Betriebsrätebewegung. Denn nur was im Statut besteht, beweist seine Lebensfähigkeit.

Es bestehen leider immer noch Zweifel über das Wesen der Betriebsräte oder man will wenigstens diese Zweifel erzeugen.

Die Betriebsräte sind keine politischen Arbeiterräte und sollen auch niemals diese Rolle übernehmen.

Die Betriebsräte sind nicht die Träger der Wirtschaft und werden es niemals sein. Die Betriebsräte sind auch nicht die Vertreter des deutschen Volkes oder auch nur der Arbeiterklasse.

Der 11. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands hat im Juni 1922 in Leipzig zu der Frage „Betriebsräte und Gewerkschaften“ Stellung genommen. Der letzte Absatz der mit großer Mehrheit angenommenen Entschließung lautet:

Der 11. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands fordert daher alle Betriebsräte auf, mit aller Kraft als gesetzliche und gewerkschaftliche Vertrauensleute der Arbeiter für die Durchführung der Forderungen und Ziele der Gewerkschaften einzutreten.

Hierdurch ist unumstößlich der Zweck der Betriebsräte festgelegt. Nicht deshalb, weil die Gewerkschaften das ja haben wollen, sondern vielmehr, weil Entwicklung und Ziel der Arbeiterbewegung dies so bedingen.

Die Voraussetzung sind starke Gewerkschaften, und ihr Vorhandensein hat erst die Betriebsräte geschaffen, das heißt, die im Betriebsrätegesetz enthaltenen Rechte der Arbeitnehmer zu erzwingen. Die Betriebsräte als solche sind doch nicht das Ausschlaggebende, sondern allein die Rechte der Arbeitnehmer sind maßgebend. Wenn ohne Betriebsräte von den Gewerkschaften selbst die Rechte des Arbeitnehmers wahrgenommen werden und diese Vertrauensleute in den Betrieben bestimmen, die das Betriebsrätegesetz durchführen, dann würde der Arbeiterklasse dadurch keinerlei Nachteil erwachsen. Wollte sich aber die Arbeiterklasse nur auf die Betriebsräte stützen, dann wäre dies gleichbedeutend mit dem vollständigen Verzicht auf alle Rechte. Auch die heuchlerische Erklärung der Kommunisten, daß sie ja den Ausbau der Gewerkschaften wollen, ändert hieran nichts; denn eine Gewerkschaftsbewegung, die sich von einer politischen Partei oder von Betriebsräten ihre Maßnahmen vorschreiben läßt, scheidet als Machtfaktor vollkommen aus.

Die Gewerkschaftsführer wären Verbrecher, wenn sie diese Erkenntnis außer acht ließen.

Alle Verbandstage haben diesen Grundsatz auch bisher stets anerkannt. Aber auch alle Streiks, die nicht von den Gewerkschaften geführt wurden, haben ausnahmslos bewiesen, daß die unbedingte Niederlage das Ergebnis gewesen ist. Hieran kann auch kein noch so guter Betriebsrat jemals etwas ändern.

Es soll nunmehr auf Betreiben der kommunistischen Partei ein „Reichsbetriebsrätekongress“ einberufen werden. Leider machen diesen Unfug nicht nur einzelne Gewerkschaftskollegen, sondern auch Körperschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit. Ihnen sei gesagt, was nach den Ausführungen in der „Roten Fahne“ vom 8. September 1922 damit bezweckt wird. Es heißt da wörtlich:

... daß der Reichsbetriebsrätekongress eine Nebenregierung schaffen müsse zur unfähigen Koalitionsregierung ...

Die Bewegung, die jetzt in Fluß kommt, ist von der größten Bedeutung. Sie löst die Massen von den reformistischen Führern.

Also zu deutsch: Volkliches Rätesystem und kommunistische Gewerkschaften sind die Ziele der A.P.D. Dazu will man die Betriebsräte mißbrauchen. Man traut sich nicht, in ehrlichem Kampf den Gewerkschaften entgegenzutreten, und schiebt die Betriebsräte vor.

Es geht also ums Ganze. Auch für die Betriebsräte. Unterliegen diese den kommunistischen Einflüssen, dann verlieren sie ihren gesetzlichen Halt und die Rückendeckung durch die heute noch kampfstarken Gewerkschaften. Die Betriebsräte werden zum Spielball der Unternehmer und damit würden auch die Belegschaften ihre Rechte preisgeben.

So und nicht anders ist die Situation. Es gibt nur ein Hüben oder ein Drüben. Jedes Schwanken ist gefährlich. Kein Gewerkschafter und kein Betriebsrat darf das Treiben der Kommunisten unterstützen, wenn er nicht zum Verräter an der einigen und starken deutschen Gewerkschaftsbewegung werden will. CLEMENS HÖRPEL

Lackierer.

Achtung! Lackierung und Anstriche in Kolomotibfabriken!

Die in obigen Fabriken tätigen Kollegen werden ersucht, uns mitzuteilen, inwieweit bei ihnen bereits das Spritz- und Tauchverfahren eingeführt ist und welche Erfahrungen damit gemacht sind. Wir ersuchen dringend, uns recht bald Mitteilungen zugehen zu lassen, da hier am Orte das gleiche Verfahren eingeführt werden soll.

Sektion der Lackierer der Illate Oden. Bureau: Essen, Gradenstr. 67.

Aus Unternehmerkreisen.

Der Geschäftsführer des Bundes Deutscher Dekorationsmaler und Schriftleiter des Bundesorgans, Josef Leipziger, hat am 1. September seine Ämter niedergelegt. Sein Nachfolger ist ein Herr Dr. Weigl.

Der 6. sächsische Malertag, der in Plauen abgehalten wurde, befaßte sich unter anderem auch mit der Errichtung einer Wohlfahrtskasse für die Hinterbliebenen seiner Mitglieder. Insgesamt zählt der Verband sächsischer Malermeister 2800 Mitglieder. Die Weiterverfolgung des Planes wurde einer Kommission übergeben. Beschlossen wurde, der Rundschau nachstehende Bedingungen durch Anhängen auf den Vorausschlägen und Rechnungen zu unterbreiten:

1. Bei allen Aufträgen, deren Rechnungsbetrag 3000 M übersteigt, ist bei der Auftragserteilung ein Drittel zur sofortigen Eindeckung der Rohstoffe zu zahlen, andernfalls muß der Auftraggeber die Rohstoffpreiserhöhungen, die etwa im Verlauf der Arbeitsausführung eintreten, bezahlen.

2. Alle Aufträge werden mit den Gestehungskosten des Tariflohnes, der zur Zeit des Angebotes Geltung hat, berechnet. Treten im Verlaufe der Arbeitsausführung Lohn-

erhöhungen ein, so sind die Mehrkosten (Lohnerhöhung plus 50 % Unkostenaufschlag) besonders zu vergüten.

3. Während der Arbeitsausführung sind Abschlagszahlungen, deren Höhe in das billige Ermessen des Auftraggebers gestellt wird, zu zahlen.

4. Die Schlußzahlung der Rechnungsbeträge soll möglichst innerhalb 8 Tagen nach Rechnungszustellung erfolgen.

Der bayerische Malermeisterverband hielt in Augsburg am 13. und 14. August seine 18. Tagung ab. Die Lehrlings- und Materialienausstellung haben nach den Pressemitteilungen gute Fortschritte aufzuweisen gehabt. Dem Grundsatze: Tüchtige Gehilfen und tüchtige Meister, will der Verband mit seiner weiteren Lehrlingsausstellung getreu bleiben. Der Vorsitzende Fr. I. betont in seiner Eröffnungsrede, daß die ständig steigenden Löhne Schwierigkeiten bereiten, doch müßten für die Folge die Lohnverhandlungen zentral für das ganze Reich geführt werden. Eine Erhöhung der Arbeitsstundenwoche, befristet bis Stedenferd dieses Herrn bei allen Verhandlungen, lasse sich für das Malergewerbe allein, ohne daß das Baugewerbe mitmache, nicht durchführen. Selbstverständlich wird das Baugewerbe ebenso wie unsere Kollegenschaft an der festgesetzten Arbeitszeit nicht rütteln lassen. — Den Geschäftsbericht erstattete Herr Lommel. Der Geschäftsbericht wurde Entlastung erteilt. In der Aussprache wurde gerügt, daß einzelne Ortsgruppen örtliche Abmachungen getroffen haben; Herr Kerner, Nürnberg, rechtfertigt dagegen das Vorgehen der Nürnberger Ortsgruppe. Weiter sprach man sich für allgemeine Verbindlichkeitsklärung der Tarifverträge aus und für die Notwendigkeit des Verbleibens beim Reichsbund. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, die Lohnverträge sind im ganzen Lande für allgemeinverbindlich zu erklären; der bayerische Malermeisterverband muß nach wie vor Mitglied des Reichsbundes für das deutsche Malergewerbe bleiben. Der Rassenbericht für 1921 ergab einen Ueberschuß von 17 342 M. Aus dem Bericht der Materialprüfungskommission ging hervor, daß sich diese Einrichtung gut bewährt. Die Prüfungsgebühren wurden auf 500 und 1000 M erhöht. Die Verbandsbeiträge wurden von 50 auf 130 M für 1922 erhöht. Außerdem sind für je 1000 M angefangener Lohnsumme 2 M nachzuerheben. Für 1923 erhöht sich der Beitrag auf 250 M und für je 1000 M Lohnsumme noch 4 M. Die nächstjährige Tagung findet in Würzburg statt. Die jetzige Verbandsleitung, die Herren Fr. I., Lommel und Meier, wurden wiedergewählt.

Gleitende Innungsbeiträge. Im allgemeinen sind die Handwerksmeister nicht sehr geneigt, den Arbeitern zeitgemäße der Geldentwertung auch nur annähernd nachkommende Lohnaufbesserungen zu gewähren, und wenn es unter dem Druck der Gewerkschaften geschehen muß, geschieht es immer viel zu spät. Von gleitenden Lohnzulagen kann natürlich in diesen Kreisen noch lange keine Rede sein. Und doch hat der Landesausschuß des sächsischen Handwerks zur finanziellen Sicherstellung der Berufsorganisationen den angeschlossenen Verbänden Anregung gegeben, gleitende Beiträge einzuführen. Die Beiträge sollen sogar auf die Gehilfenlohnstunde umgerechnet werden, so daß mit der Steigerung der tariflichen Löhne auch die Beiträge automatisch steigen sollen. Auf eine Anfrage beim Wirtschaftsministerium, ob die Beitragsregelung in dieser Form zulässig sei, hat dieses an die Kreishauptmannschaften folgende Verordnung ergehen lassen:

„Im Hinblick auf das Schwanken des Geldwertes haben die Innungen vielfach beschlossen, daß die Innungsmitglieder an ihre Innungen und die Innungen an die Orts- oder Bezirksausschüsse des Handwerks, oder auch an die Spitzenvertretungen (Landeshandwerksverbände, Landesausschuß des Handwerks) keinen ziffernmäßig bestimmten Beitrag zu entrichten haben, sondern daß dieser nach der Höhe des jeweils in den betreffenden Gewerben zu entrichtenden Stundenlohnes bemessen wird. So haben beispielsweise die Innungen in Plauen beschlossen, an den Ortsausschuß des Handwerks in Plauen für jedes angeschlossene Mitglied monatlich den jeweiligen Stundenlohn eines höchstbezahlten ledigen Gehilfen als Beitrag abzuführen.“

Dem Wirtschaftsministerium erscheint dieses Verfahren äußerst zweckmäßig, da hierdurch der fortschreitenden Teuerung Rechnung getragen wird und gleichwohl das einzelne Innungsmitglied keine unvorhersehbare und infolgedessen drückende Belastung zu erfahren braucht. Auch der Bestimmung in § 100 s Absatz 1 Satz 1 der Gewerbeordnung kann hierbei Rechnung getragen werden, indem etwa bestimmt wird, daß besonders leistungsfähige Betriebe ein Vielfaches und besonders leistungsschwache nur einen Bruchteil des jeweiligen Stundenlohnes als Beitrag zu entrichten haben.

Wenn nach dem Innungsstatut die Festsetzung der Höhe der Beiträge dem Beschluß der Innungsversammlung überlassen ist, kann diese ohne weiteres die Festsetzung in der dargelegten Weise vornehmen, so daß Anträgen auf ziffernmäßige Beitragsverneinung vorerst festgesetzter Beiträge ohne weiteres entsprochen werden muß, selbstverständlich, sofern in dem Antrag auf ziffernmäßige Beitragsverneinung der geforderte Betrag ziffernmäßig angegeben ist. Etwaige Einwendungen gegen die Höhe des Beitrages würden nach § 10 Absatz 1 des Gesetzes über die Zwangsvollstreckung wegen Geldleistungen in Verwaltungssachen vom 18. Juli 1902 (GWB. I. S. 294) von der Verwaltungsbehörde zu entscheiden sein. Ist dagegen im Innungsstatut selbst die Höhe der Mitgliederbeiträge ziffernmäßig bestimmt, bedeutet ein Beschluß der Innungsversammlung der genannten Art eine Abänderung des Innungsstatuts, die nach § 84 Absatz 5 der Gewerbeordnung der Genehmigung der Kreishauptmannschaft bedarf.

Da es dringend erforderlich ist, daß die Innungen die von ihnen benötigten Beiträge auch baldigst tatsächlich einziehen können, wollen die Kreishauptmannschaften etwaiigen Anträgen auf Genehmigung von Satzungsänderungen der bezeichneten Art mit größtmöglicher Beschleunigung stattgeben.“

Wenn hier von Handwerkerkreisen der fortschreitenden Geldentwertung in dieser Weise Rechnung getragen wird, darf man wohl verlangen, daß dies auch geschieht, wo es sich um die Festsetzung angemessener Löhne für die Arbeiter handelt.

Baugewerbliches.

„Die Soziale Bauwirtschaft“, das Organ des Verbandes Sozialer Baubetriebe, Berlin W 50, Augsburger Straße 61, muß in den Kreisen der baugewerblichen Arbeiter eine weit größere Verbreitung finden, als es bisher der Fall ist. Ueber alle baugewerblichen und das Wohnungs-wesen betreffenden Fragen werden die Kollegen stets auf dem laufenden erhalten und sie gewinnen Einsicht über die Lage und fortschreitende Entwicklung unserer Sozialen Baubetriebe. Angesichts der beispiellosen Geldentwertung und der Steigerung der Druckkosten mußte der Bezugspreis für die „Soziale Bauwirtschaft“ für Gewerkschaftsmitglieder auf 60 M und auf 100 M für das 4. Vierteljahr für Postbezieher festgesetzt werden. Unter den gegebenen Verhältnissen ist der Preis ein sehr mäßiger. Die Zeitschrift muß zur Förderung und Belebung der Bauhüttenbetriebsbewegung unter allen Umständen aufrechterhalten werden, dazu erlauben wir dringend alle Filialverwaltungen, auf den Bezug der „Sozialen Bauwirtschaft“ in den Versammlungen die Kollegen aufmerksam zu machen.

Indexziffer (Wertziffer) für Löhne im August 1922. Für eine Wohnung von 70 qm Wohnfläche stellen sich nach den Angaben der „Sozialen Bauwirtschaft“ die Lohnausgaben für die wichtigsten Berufsgruppen der baugewerblichen Arbeiter am 1. Juli 1914 auf 2702 M, am 1. August 1922 auf 160 628 M. Wird die Lohnausgabe vom 1. Juli 1914 gleich 100 gesetzt, dann ist bis zum 1. August 1922 eine Steigerung der Lohnausgaben von $\frac{160628 \times 100}{2702} = 5945$ zu

berzeichnen. Die Lohnwertziffer betrug also am 1. August 1922 5945 gegenüber einer Baustoff-Indexziffer von 13 272. In dem gleichen Zeitraum, in dem die Löhne um das 59fache stiegen, stiegen also die Baustoffpreise um das 133fache in die Höhe. Während bis zum Vormonat die Baustoffpreise fast doppelt so schnell wie die Löhne gestiegen waren, schneitten sie in diesem Monat weit über das Doppelte der Lohnsteigerung hinaus.

Noch viel deutlicher zeigt sich das rasende Anwachsen der Baustoffpreise und das Uebermögen der Löhne, der Geldentwertung zu folgen, wenn man die Papiermarkpreise und -löhne vom August 1922 umrechnet in Goldmarkpreise und -löhne. Legt man der Berechnung den von der Reichsbank für die erste Augustwoche ausgegebenen Goldpreis von 2000 M für ein Zwanzigmarkstück zugrunde, so ergibt sich, daß die hauptsächlichsten Lohnausgaben für eine Wohnung von 70 qm Wohnfläche von 2702 Goldmark im Juli 1914 auf 1806,30 Goldmark im August 1922 gesunken sind. In der gleichen Zeit stieg der Anteil der hauptsächlichsten Baustoffe von 1584 Goldmark auf 2102 Goldmark. Während also der Lohnanteil bei dem Bau einer Kleinwohnung von 70 qm Wohnfläche um 40,6 % gegenüber 1914 sank, stiegen die Baustoffausgaben um 32,7 %. Damit haben sich die Verhältnisse gegenüber der Vorkriegszeit nahezu umgedreht: 1914 betragen die Baustoffausgaben etwa 59 % des Lohnanteiles, im August 1922 beträgt der Lohnanteil 76 % der Baustoffpreise. Während die Arbeiter dem Bauauftraggeber 40,6 % ihrer Löhne gegenüber dem Stand von 1914 schenken, müssen die Auftraggeber auf der anderen Seite dem Baustoffunternehmer 32,7 % des Baustoffanteiles gegenüber 1914 zubehalten. Dabei haben die Privatunternehmer und mit ihnen leider auch manche Behörden den traurigen Mut, zu behaupten, daß das Steigen der Löhne schuld an der Teuerung auf dem Bauplätze und dem daraus folgenden Stillstand, sowie schuld an dem Heraufschrauben der Mieten sei. Der Arbeiter zahlt mit seiner Gesundheit und Kraft, da er das Herabdrücken seines Lebensstandes nicht aufhalten vermag, Mietsgewinne werden von den Baustoffunternehmern eingeholt, aber schuld an der Teuerung hat — die Begehrlichkeit der Arbeiter.

Durchschnittliche Stundenlöhne in Mark.

Beruf	1. Juli 1914	1. Januar 1922	1. April 1922	1. Juli 1922	1. August 1922
Maurer	—,68	12,11	19,20	32,50	39,35
Hilfsarbeiter ...	—,55	11,59	18,44	31,07	37,71
Rümmeler	—,68	12,14	19,24	32,57	39,51
Klempner	—,68	10,79	16,81	28,65	37,28
Dachdecker	—,71	12,39	19,51	32,70	39,53
Tischler	—,62	11,31	17,28	28,24	34,50
Schlosser	—,59	10,68	15,95	27,79	34,01
Glasler	—,57	10,83	16,28	28,13	34,78
Maler	—,59	11,05	15,80	27,74	34,02
Löpfer	—,71	11,49	17,27	29,30	36,53

Sozialpolitisches.

Die Demobilmachungsverordnungen sind wiederum verlängert worden, zunächst bis zum 31. Oktober 1922. Die Hoffnung, bis zu diesem Termin die durch die Verordnungen geregelten Materien durch Reichsgesetze regeln zu können, hat sich nicht erfüllt. Der Reichstag hat daher durch seinen Ueberwachungs-ausschuß am 17. August eine weitere Verlängerung der Demobilmachungsverordnungen beschlossen. Sie gelten zunächst bis einen Monat nach Zusammentritt des Reichstages, damit der Reichstag im Plenum Stellung zur Verlängerung nehmen kann.

Zu den wirtschaftlichen Forderungen der deutschen Gewerkschaften bemerkt Professor Lederer in Nr. 37 der „Weltwirtschaftlichen Korrespondenz“:

In den Forderungen der Gewerkschaften an die Reichsregierung zur Bekämpfung der gegenwärtigen Wirtschaftsnote steht das Verlangen nach Einschränkung und Verbot der Einfuhr von Luxusartikeln im Vordergrund. Auf diesem Wege sollen Einschränkungen des Verbrauches erzielt werden. Eine solche Maßnahme mag zurzeit unentbehrlich sein, aber man muß sich dessen bewußt bleiben, daß sie eben nur eine Notstandsmaßnahme sein kann. Eine jede Einfuhrhemmung durch hohe Schutzzölle und Verbote ist bedenklich; denn sie verschärft den Gegensatz der Völker untereinander, wirft den heimischen Produzenten große Gewinne in den Schoß, schafft oft eine kurzfristige, scheinbare Interessensharmonie zwischen Unternehmern und Arbeitern. Gerade im gegenwärtigen Augenblick aber wird eine solche Maß-

nahme die Versuche zu einer Wiederherstellung der Weltwirtschaft sehr erschweren. Denn sie wird der Stimmung gegen Deutschland nicht förderlich sein. Durch die Prämie der schlechten Valuta fühlen sich die Auslandsmärkte ohnedies außer Acht gelassen von der deutschen Ware bedroht, und die fremden Interessen haben überall Dumpinganschläge und Zollserhöbungen durchgesetzt und spielen selbst mit dem Gedanken der Einfuhrverbote zum Schutz des Schweizer Marktes bereits erlassen worden. Schlägt nun Deutschland denselben Weg ein, so gefährdet es sich selbst dadurch seine Zukunft, die es nur durch Ausgestaltung des Exportes sichern kann. Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß der L u g u s tonium in Deutschland unbeschäftigt bleiben darf. Der normale Weg hierzu wäre die Ausgestaltung der Steuererhebung, die auch die hohen Einkommen so belastet, daß die Steuerträger zur Verbrauchseinschränkung gezwungen sind. Gegenwärtig wird es bei rasch veränderlicher Valuta schwer möglich sein, die Steuererhebung so auszubauen und vor allem so beweglich zu gestalten, daß dies Ziel erreicht werden kann. Daher ist auch für den Augenblick die von den Gewerkschaften geforderte Maßnahme zu billigen. Man muß nur darüber klar sein, daß es eine Notstandsmaßnahme ist und daß nach einer Stabilisierung der Verhältnisse gerade für die deutsche Volkswirtschaft wieder der freie Verkehr im Interesse der Arbeiterwirtschaft angestrebt werden muß.

Der Lieferungsvertrag Stinnes-Lubersac. Ganz plötzlich ist die Öffentlichkeit in diesen Tagen von dem Vertrag überrascht worden, den der deutsche Großindustrielle Stinnes mit Lubersac, dem Präsidenten der Wiederaufbau-Gesellschaften in Nordfrankreich, abgeschlossen hat. Danach wird, wie eine früher in Frankfurt, jetzt in Essen ansässige Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau, deren Aktienmajorität Stinnes seit einigen Monaten in der Hand hat, zur privatwirtschaftlichen Vermittlungsstelle für die Wiederaufbauarbeiten an 190 000 Franzosen gemacht. Die politische Bedeutung des Vertrages liegt darin, daß er eine rasche Durchführung des von Rathenau im Wiesbadener Abkommen erstmals verwirklichten Sachleistungsgebändens garantiert, und daß es ausgerechnet die Schwerindustrie ist, die sich jetzt für diese Art von Erfüllungspolitik einsetzt, nachdem sie die Politik Rathenaus und insbesondere das Wiesbadener Abkommen lange und heftig bekämpft hat. Wirtschaftlich bedeutet das Abkommen, eine gewaltige Beschleunigung des Stinneskonzerns und des Einflusses dieses Industriegewaltigen auf die gesamte deutsche Wirtschaftspolitik. Es handelt sich bei diesen Lieferungen um ein Gesamtobjekt von zirka 13 Milliarden Franken oder 1 1/2 Billionen Papiermark. Für Ruhen und Speise soll die Stinnes-Aktiengesellschaft dafür 6% erhalten — natürlich vom Reich auf dem Wege von Inflation oder Steuern an die Lieferanten zu zahlen, außerdem hat sie darüber zu entscheiden, welche Firmen sie an den Lieferungsarbeiten beteiligen will, und insbesondere, wie sie den Teil der Reparationskosten, den sie für die Ausführung dieser Aufträge rückvergütet bekommt, an die beteiligten Werke verteilen will. Dadurch, daß diese Stinnes-Aktiengesellschaft Lieferungen an die aufstehenden Firmen nach deren Angebot zu vergeben hat, erhält sie eine Kontrolle über die gesamten Produktionskosten der außerhalb des Stinneskonzerns stehenden Industrie und damit wertvolle Grundlagen für die weitere Wirtschaftspolitik dieses Weltkonzerns. Auch die Preisbenennung nach Preisen der französischen Industrie sichert dem Stinneskonzern und seinen Freunden namhafte Gewinne. Mit Recht wird in der Kritik dieses Vertrages darauf hingewiesen, daß sowohl die Benennung der Preise in Höhe der französischen wie die Art der Zahlung in Franken gleich verwerflich für Steuerzahler und Staatshaushalt sind. So sehr man sich auch aus politischen wie wirtschaftlichen Gründen freuen kann, wenn dadurch endlich der Wiederaufbau Nordfrankreichs durchgeführt wird, so bedauerlich ist es, daß Staat, Gewerkschaften und Genossenschaften in der Lösung dieser Frage völlig versagen haben und es lediglich wieder das private Großkapital ist, das diese Aufgabe leitet, natürlich zu seinem Nutzen und Gewinn, und soweit wie möglich auf Kosten der allgemeinen Volkswirtschaft und der Steuerzahler.

Arbeiterversicherung.

Die Beitragsleistungen für die Invalidenversicherung werden vom 1. Oktober 1922 an wieder wesentlich erhöht. Sie erfolgen im Rahmen von 13 Lohnklassen (A bis N) und betragen in Klasse A bei einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 1000 M 3,50 M die Woche, in Klasse B (1000 bis 3000 M) 4,50 M, C (3000 bis 5000 M) 5,50 M, D (5000 bis 7000 M) 6,50 M, E (7000 bis 9000 M) 7,50 M, F (9000 bis 12000 M) 9 M, G (12000 bis 15000 M) 10 M, H (15000 bis 18000 M) 12 M, J (18000 bis 27000 M) 18 M, K (27000 bis 39000 M) 24 M, L (39000 bis 54000 M) 32 M, M (54000 bis 72000 M) 42 M, N (72000 und mehr) 52 M für die Woche.

Verschiedenes.

Die Deutsche Werkstätte für Farbentunde beschäftigt bei genügender Beteiligung in ihrem Anwesen, Dresden-A., Schillerstraße 35, vom Oktober 1922 bis Dezember 1922 eine achtwöchentliche Vorlesung über das gesamte Gebiet der Farbentunde, einschließlich Harmonielehre, abgehalten. Diese soll in je 2 Stunden auf 24 Tage des Vierteljahres verteilt werden. Neben die wissenschaftlichen Grundlagen wird Geheimrat v. Lagerlöf, über praktische Anwendung und Harmonie Professor Dr. A. O. Krüger lesen. Wenn die Herrschaften sich als Werkstätte einschreiben, wird ihnen Gelegenheit gegeben, praktisch an den Apparaten und in den Laboratorien und dem Zeichnen der Werkstätte zu arbeiten. Die Vorlesung wird abgehalten, wenn sich mindestens 10 Teilnehmer einschreiben. Als Hörsaal sind 3 Höre vorgesehen. Für die Teilnahme an den Vorlesungen sind 50 M zu entrichten, bei gleichzeitiger Besorgung eines Platzes als Werkstätte noch weitere

300 M. Die Listen für die Teilnahme werden am 30. September geschlossen. Außer dieser Veranstaltung finden noch zwei der bisherigen dreitägigen Einführungsstürze in die Ostwaldsche Farbentheorie statt, und zwar der erste in der Zeit vom 12., 13., 14. Oktober, der zweite vom 16., 17., 18. November. Für die Teilnahme an diesen sind je 200 M zu entrichten. Außerdem finden verschiedene Einführungsstürze gleicher Art außerhalb Dresdens statt, auf Veranlassung von Interessentengruppen in den betreffenden Orten. Wegen Anmeldung und weiterer Auskunft wende man sich an die Direktion der Werkstätte, Dresden-Neustadt, Schillerstraße 35.

Was ein Einmillionenrubelschein wert ist. Ein Angehöriger des Siemens-Konzerns erhielt kürzlich von einem Freunde aus Moskau einen der neuen in Sowjetrußland in den Verkehr gebrachten Einmillionenrubelscheine zugeandt. Auf die Rückseite dieses Scheines hatte der deutsche Abfahnder aus Moskau folgendes geschrieben: „Der Kurs dieses Geldscheines beträgt augenblicklich 73,50 M, aber laufen kann ich mir hierfür in Moskau sehr wenig: 2 Ansichtskarten kosten 1 Million, ein Bleistift auch 1 Million, eine kleine Flasche Tinte ebenso 1 Million. In der Konditorei bekomme ich hierfür einen Kuchen oder ein Glas Kaffee (800 000 plus Trinkgeld 200 000) macht 1 Million. Eine kleine (halbe) Tafel Schokolade kostet 1 Million, ein Päckchen Zigaretten (25 Stück) 1 Million. Daher erlaube ich mir den Leichtsin, auf der von der Sowjetregierung vorgeförlig unbedruckt gelassenen Seite dieses Scheines Deiner lieben Hebe und Dir aus dem Paradiese der Milliarden meinen besten Gruß zu übersenden.“

Fachtechnisches.

Patentschau. Zusammengefaßt vom Patentbureau Krueger, Dresden.
Angemeldete Patente: Kl. 75 c. 22. L. 55 726. Fa. Leipziger Tangier-Manier Alexander Grube, Leipzig-Plagwitz, Spritzapparat. 29. 5. 22. — Kl. 75 c. 5. H. 80 905. Hans C. Haas, München, und Eugen Coenegracht, Berlin, Rurfschriftendamm 229. Verfahren zum Bemalen von Stoffen mit Farben. 8. 5. 20. — Kl. 75 c. 5. W. 56 973. F. E. Carl Weber, Eisenburg. Verfahren zum Galvanisieren von Malereien, Farbansätzen, hinter Glas- und Spiegelbelägen. 11. 12. 20.
Gebrauchsmuster: Kl. 75 c. 821 993. Ferd. Guntel, Magdeburg, Königstraße 65. Pinselhalter für Maler und Lackierer. 30. 6. 22. — Kl. 75 c. 822 801. E. Weisner, Stammheim b. Ludwigsburg. Malapparat zum Dekorieren von Wänden, Decken und dergl. 14. 7. 22. Kl. 75 c. 820 886. Chr. Fintel, Berlin, Mathiesstr. 7/9. Vorrichtung zur Herstellung marmorartiger oder ähnlicher Farbüberzüge durch Gießen. 20. 6. 22. — Kl. 75 c. 820 861. Wilh. Kaiser & Co., A.-G., Frankfurt a. M. Farbmusterheft. 10. 6. 22.

Literarisches.

Der Neue Welt-Kalender für das Jahr 1923 ist soeben in seinem 47. Jahrgang erschienen. Die bekannte Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co., Hamburg, Fehlandstraße 11, hat keine Kosten gescheut, diesen in allen Arbeiterkreisen bekannten Weltkalender so reichhaltig und gut ausgestattet mit vielen Illustrationen wie in der Vorkriegszeit erscheinen zu lassen. Er enthält außer dem Kalenderium zahlreiche Gedichte, Erzählungen, volkswirtschaftliche und wissenschaftliche Abhandlungen, beachtenswerte Adressen, Notizen, Bekanntgabe von Messen und Märkten, eine Umfrage: Was hat Sie zum Sozialisten gemacht?, Eisenbahnverkehr von heute, von Arthur Zidler, Wandlungen im Seehafenverkehr, von Albin Michel, Statistik in Wort und Bild, Siedingen und Gütten, von A. Conrad, Blumenkud im Arbeiterheim, von Martha Keil, die Karikatur während des Weltkrieges, von Fr. Wendel, Auf dem Wege zur neuen Schule, von Richard Lohmann, Der Altonaer Zentralschulgarten, von W. Fürstenberg, Arbeiterferien und Volkshochschule, von Anna Wolegard, Schaut Euch in der Heimat um, mit Zeichnungen von O. Meyer usw. Außerdem ein Bild auf Kunstdruckpapier von Ludwig Fahrtenrog: Neues Leben, sowie ein Wandkalender. Der billige Preis von 20 M pro Exemplar ermöglicht es, daß dieser volkstümliche Kalender wieder wie bisher in allen Arbeiterfamilien eine willkommene Stätte findet.

Marginalien und Bodenreform. Von Ab. Damaschke. Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1922. Der bekannte Verfasser bemerkt in dem Vorwort der empfehlenswerten Schrift, daß sie die erweiterte und durchgearbeitete Wiedergabe eines Vortrages ist, den er im Frühjahr dieses Jahres vor den Funktionären der SPD. und des ADGB. von Breslau gehalten hat. Sie möge in weitesten Kreisen dem gleichen Ziele dienen, dem jener Vortrag dienen wollte: 1. jeder organische Neuaufbau unseres Wirtschaftslebens muß mit einer Reform des Bodenrechts beginnen, und 2. diese Bodenreformarbeit widerspricht nicht den Lehren, die bisher für ihre gedankliche Einteilung und praktische Arbeit vielfach maßgebend waren. Wir wünschen der aufblühenden Schrift weitestgehende Verbreitung.

Der historische Materialismus. Eine Einführung in die materialistische Geschichtsauffassung. Von Julian Borchard. Zweite, verbesserte Auflage. S. Raubföche Verlagbuchhandlung G. m. b. H. Berlin C 54. Preis 25 M. Die gemeinverständliche Abhandlung dieser Schrift ermöglicht es jedem denkenden Arbeiter, in die grundlegenden Gedankengänge der materialistischen Geschichtsauffassung einzudringen und die Klassenkampftheorie verstehen zu lernen.

Vereinstell.

Durch den schnellen Wechsel der Beitragsklassen befinden sich heute in unsern Filialen mehr Markensorten, als das früher der Fall war. Es ist deshalb, um die Abrechnung

zu vereinfachen und die Geschäftsföhrung in den Filialen zu erleichtern, dringend notwendig, daß alle Marken, die an Orte nicht mehr gebraucht werden, insbesondere die Marken, die vor der 23. Woche Verwendung fanden, sofort an die Hauptkasse zurückgesandt werden. Wo alte Beitragsreste nicht abgerechnet werden, würde die Hauptkasse gezwungen sein, diese den Filialen im nächsten Quartal in Anrechnung zu bringen.
Geirich, Kassierer.

Sterbetafel.

Berlin. Am 21. Juli starb der Kollege Andreas Schmidt, geboren am 13. März 1885 in Haberleben.
Essen. (Zahlstelle Gelsenkirchen.) Am 14. August starb unser Mitglied Walter Schlicht im Alter von 26 Jahren.
Görlitz. Am 25. August starb nach langer Krankheit unser Kollege Hugo Stribelka im Alter von 52 Jahren.
Hannover. Am 16. Juli starb unser Mitglied Th. Pentel.
Mainz. Am 11. September starb nach langem, schwerem Leiden unser treues zweiundzwanzigjähriges Mitglied Josef Wagner, Lackierer, aus Kassel a. Rh., im Alter von 56 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Wagenlackierer
Tüchtige, selbständige Wagenlackierer werden bei gutem Lohn sofort eingestellt. Keine wird vergütet. Karosierwerkze von EUPEN G. m. b. H. & Co., Essen.

Wer befohrt Maler Dauerstelle auf einer Schiffswerft, wo ihm Gelegenheit geboten ist, Auslandsfahrten zu machen. Angebote mit geföhl. Brief an Aug. Maninger, Maler, Wallwitz b. Halle (Saalkreis).

Jeder Kollege befohrt sofort einen Probeband **Der Dekorationsmaler** 3 frühere Hefte mit 12 feinsten Farbentafeln. Preis 30 M. bei Voreinsendung des Betrages.
Quellen-Verlag. München-Pasing, Pippingerstr. 2.

Wilh. L. Walter & Co. Beste, Lacke, Farben
Billigste Bezugsquelle für Maler und Lackierer.
Samburg, Mt. Steinweg 49.
Geschäftszeit von 8 1/2 bis 5 Uhr.

Mehrere tüchtige gelernte
Wagen-Lackierer
zum sofortigen Eintritt gesucht.
BENZ & Cie., Rhln. Automobil-Mannheim,
u. Motorenf. A.-G., Mannheim.

Arbeitslose oder eine selbständige Erstlings Suchende, die mit leichter Mühe zu Hause vom Tisch aus wöchentl. 800 bis 1000 M. verdienen wollen, lassen sich sofort meine schon von Tausenden Kameraden mit Erfolg benutzten Buchstaben-Pausen zur Anfertigung von Brillant-Glasplattmalereien sowie zur Herstellung von Plakat- und Schildmalereien aller Art aufweisen. Mit Hilfe meiner Buchstabenpausen kann jeder sofort die saubersten Glas-Schildmalereien herstellen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glas-Schildmalereien, die etwas ganz Neues und Bornehmes sind. Ganze Serien Buchstabenpausen, bestehend aus 16 Doppelalphabeten, jedes Alphabet 26 große und 26 kleine Buchstaben in 5 verschiedenen Schriftarten und in 5 verschiedenen Größen von 1 1/2 bis 10 cm, sowie Zeichen, Zahlen und Verzierungen in 4 verschiedenen Größen nebst fertigem Kristallglas-Schild mit eigenem Namen des Bestellers (im Werte von allein 50 M., einem Bogen Gold und einem Bogen Brillant-Aluminium nebst genauer Gebrauchsanweisung; Preis der kompletten Serie nur 125 M. gegen Nachnahme oder Einzahlung des Betrages von 150 M.).
Albin Huttmacher, Maler, Gilden (Süd), Rheinland.

Malerschule Buxtehude
GröÖte und Älteste Fachschule für Dekorationsmaler. Letzte Frequenz 238 Schüler, 24 Meisterprüfungen. Zahl. gold. Medaillen u. Ehrenpreise Silberne Staatsmedaille 1904. Wintersemester 1922/23: 1. Oktober bis 31. März. Meisterkurse. Akademiekurse. Sonderkurse. Gegründet 1877. Eintritt jederzeit. Prosp. d. die Direktion.

Beginn des 20-jährigen Starkes unserer Spezialschule für
Holz- u. Marmorimitation
am 1. November 1922
Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5,
Sindensstr. 19. Man verlange Prospekt!

Schotts
Maler-Technikum Schwerin i. M. 5
Schülerarbeiten erhielten auf Ausstellungen des In- und Auslandes höchste Auszeichnung. Letztl. Schüler aus Deutschland, Holland, Schweiz, Dänemark, Schweden, Tsch.-Slowakei. Wintersemester 1922/23: 1. Okt. bis 31. März (Eintritt jederzeit). Meisterkurse, Sonderkurse. Vorbereitung z. Meisterprüfung und Akademie. Viele Vorzüge (auch für ausländische Schüler) künstlerischer und finanzieller Art. Nähere Auskunft und ausführlicher Lehrplan kostenlos durch die Direktion.

Die Woche vom 25. Septb. bis 30. Septb. 1922 ist die 39. Beitragswoche.